



# PRESSEMITTEILUNG

2. Mai 2006

## Flüchtlingsrat Baden-Württemberg appelliert an die Innenminister der Länder:

**Bei der kommenden Innenministerkonferenz muss endlich ein Bleiberecht für lange hier lebende Flüchtlinge beschlossen werden**

Morgens um 2 Uhr im Januar dieses Jahres umstellen mehrere Polizisten das Haus der Familie Zenunaj aus Wilhelmsdorf in Südbaden und reißen die Eltern und die drei Kinder aus dem Schlaf. Der Befehl heißt: fertig machen für den Abtransport in den Kosovo. Herr Zenunaj, Angehöriger einer verfolgten Minderheit aus dem Kosovo, kam 1990 allein mit 15 Jahren, also selbst noch ein Kind, nach Deutschland und lebte seither in Wilhelmsdorf. Er ist verheiratet mit einer Frau, die ebenfalls schon als Kind mit ihrer Familie aus dem Kosovo nach Deutschland gekommen war. Wilhelmsdorf war nicht nur für die drei Kinder sondern bereits für die Eltern Heimat. Mit welcher Hartherzigkeit gehen unsere Gesetzgeber, mit welcher Unmenschlichkeit unsere Behörden vor, wenn eine Abschiebung unter solchen Umständen rechtens sein soll? Das Schicksal von Familie Zenunaj ist leider kein Einzelfall. Täglich werden Familien, die seit fünf, zehn oder mehr Jahren in Baden-Württemberg leben, hier ihren Lebensmittelpunkt haben, sich in das Leben hier eingefügt haben, meist auch Steuern und Sozialabgaben zahlen, gnadenlos abgeschoben.

Seit langem kämpfen nicht nur Flüchtlingsorganisationen und Kirchen, sondern auch namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie einzelne Politiker aller Parteien für eine Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge, die seit vielen Jahren hier leben, weil eine Rückkehr bisher für sie unmöglich oder unzumutbar war.

Auch die halbjährlich tagende Innenministerkonferenz hat das Thema mehrfach auf ihre Agenda gesetzt, aber eine Altfallregelung immer wieder verworfen, obwohl die Mehrzahl der Länder sie begrüßen würde. Bei den einstimmig zu fassenden Beschlüssen konnten sich immer wieder einige wenige Länder, Bayern und Niedersachsen, mit ihrem Nein durchsetzen. Beim letzten Treffen im Dezember erkannte der Vorsitzende Heribert Rech immerhin an: „Uns allen ist klar, dass es hier ganz konkret um das Schicksal von Menschen geht, die schon längere Zeit bei uns sind.“ Doch konkrete Konsequenzen wurden aus dieser Erkenntnis nicht gezogen; man wolle erst die Auswertung einer Evaluation des Zuwanderungsgesetzes abwarten. Aber es ist längst erwiesen, dass die Regelungen des neuen Gesetzes das Problem der Flüchtlinge mit langem Aufenthalt nicht generell lösen. Die Härtefallregelung in Baden-Württemberg z. B. sieht in einer langjährigen ausländerrechtlichen Duldung und hiesigem Schulbesuch der Kinder keinen Grund für die Gewährung eines Bleiberechts.

Umso erfreulicher ist es, dass kürzlich ein namhafter CDU-Politiker, Staatsminister Willi Stächele, Chef der CDU Südbaden eine Lockerung der bisherigen Gesetze fordert. „Wir müssen die teilweise unsinnigen, kuriosen und menschenunwürdigen Abschieberegeln reformieren“, sagte er. Die erste Vorsitzende des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg, Angelika von Loeper, begrüß-

**FLÜCHTLINGSRAT**  
BADEN-WÜRTTEMBERG

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e. V.  
Gemeinnützig anerkannt

vormals  
Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg

**Geschäftsstelle:**  
70182 Stuttgart  
Urbanstr. 44  
Fon: 0711-55 32 834  
Fax: 0711-55 32 835  
E-Mail:  
info@fluechtlingsrat-bw.de  
Internet:  
www.fluechtlingsrat-bw.de

**Spendenkonto:**  
BW-Bank  
Kto. Nr. 3517930  
BLZ 600 501 01

Registergericht  
Stuttgart VR 4666



Gefördert durch die Europäische Union



te, dass endlich einmal ein CDU-Politiker die menschliche Seite des Problems klar und deutlich angesprochen habe. „Die Gesellschaft hat dafür kein Verständnis. Die menschliche Seite dieser Fälle muss deshalb stärker in den Blickpunkt gerückt werden. Wir brauchen Regeln, die menschliche Dramen verhindern“, hatte Stächele am 4. April in Freiburg gesagt.

In Baden-Württemberg leben 16.137 (Stichtag 31.3.2005) Menschen seit mindestens fünf Jahren im Schwebezustand der Duldung, davon 10.093 seit zehn und mehr Jahren. Es bedarf nur eines politischen Entschlusses, diesen Flüchtlingen ein dauerndes Aufenthaltsrecht zu geben. Das Land könnte dadurch nur gewinnen. Durch die Normalisierung ihres Zugangs zum Arbeitsmarkt würden Sozialhilfeleistungen wegfallen; vor allem aber würde damit ein Beitrag zum gesellschaftlichen Frieden im Land geleistet.

Am 4./5. Mai findet wieder eine Innenministerkonferenz statt. Es ist zu hoffen, dass Minister Stächele nicht ein einsamer Rufer in der Wüste bleibt. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg richtet einen dringenden Appell an die Innenminister der Länder, endlich eine großzügige Bleiberechtsregelung zu beschließen, um den Flüchtlingen, die längst zu uns gehören, eine Lebensperspektive zu geben.

Ulrike Duchrow  
2. Vorsitzende

**Rückfragen gerne an:**

Ulrike Duchrow  
Tel. 0170/9 67 25 54.  
Ulrike.Duchrow@t-online.de

Angelika von Loeper  
Tel. 0721/70 67 55  
E-Mail: Angelika@vonLoeper.de